

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4879

"Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4879 vom 10.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6012 des VF vom 13.03.2025
3. Beschluss des Plenums 19/6116 vom 01.04.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025



## **Antrag**

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, die Richterrotation und den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz abzuschaffen.

#### **Begründung:**

Während die Anwaltschaft sich immer weiter spezialisiert, hält die Justiz daran fest, Richter in unterschiedlichen Ressorts arbeiten zu lassen. Das bringt Probleme mit sich: Die Einarbeitungszeit der Richter ist oft zu kurz, das über Jahre in einem Bereich ange-sammelte Fachwissen liegt brach. Mittlerweile gibt es 20 Fachanwaltschaften. Um eine Fachanwaltsbezeichnung führen zu dürfen, müssen die Rechtsanwälte erhebliche Qualifikationsnachweise erbringen und zudem belegen, dass sie jährlich mindestens zehn Stunden an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen haben. Die Anwaltschaft hat also eingesehen, dass die Spezialisierung für den rechtsuchenden Bürger ein entscheidendes Qualitätsmerkmal ist – kein Wunder in einer Gesellschaft, die mit einer Fülle von Gesetzesreformen und neuen Gesetzen überflutet wird. Wie aber verhält sich die Justiz in dieser Situation?

Wie seit Jahrhunderten: Das alte humboldtsche Prinzip der geforderten Rundumbildung wird in der Justiz so angewandt, dass jeder Richter einmal als Staatsanwalt sowie in verschiedenen Ressorts arbeiten muss. Das führt unweigerlich dazu, dass er sich häufig in neue Gebiete einarbeiten muss. Oft hat er Fälle zu entscheiden, ohne Gelegenheit gehabt zu haben, spezifische Kenntnisse der neuen von ihm zu bearbeitenden Materie zu erwerben. Ein wesentlicher struktureller Mangel der Justizorganisation besteht darin, dass nach wie vor an diesem Richterrotationsprinzip festgehalten wird. So kann es vorkommen, dass ein Richter gestern noch im Jugendstrafrecht tätig war und morgen am Familiengericht sitzt. Dort ist er nahezu ausschließlich mit Fachanwälten konfrontiert, die über Qualifikationen, über rechtliches Wissen und in der Regel auch über wesentlich mehr Erfahrung verfügen als ein Richter, der unabhängig von seinem Alter und seiner richterlichen Erfahrung auf diesem Sachgebiet nicht ausreichend vor- und fortgebildet ist.

Das führt zu Irritationen des rechtsuchenden Publikums und zu einer inhaltlich und zeitlich unzureichenden Rechtsgewährung. Der Anwalt kann von Glück reden, wenn der Richter sein mangelndes Fachwissen nicht mit Herablassung kaschiert, sondern mit den Anwälten kooperiert. Es ist ein für die Parteien und die Richter selbst unbefriedigender Zustand, dass die Justiz Richterstellen mit Richtern besetzt, die nicht genügend Zeit haben, sich auf ihr neues Referat vorzubereiten. Das bedingt nicht nur einen Verlust der richterlichen Glaubwürdigkeit, sondern häufig auch eine unvertretbar lange Verfahrensdauer. Diese wird dann oft als richterliche Überlastung beklagt, ist aber zum Teil

hausgemacht. In der heutigen Situation reicht es nicht, auf die Autorität des Richters zu vertrauen, die aus den eben genannten Gründen leider nicht stets auf Sachautorität gründet. Es ist nicht mehr ausreichend, wenn ein Jurist im Sitzungssaal höher sitzt als die anderen – dies ist noch lange kein Qualifikationsnachweis. Und auch richterliche Strenge und Arroganz, mit denen nicht selten mangelnde Kenntnis nicht nur der Akten, sondern auch der Materie kaschiert wird, schützen vor Irrtum nicht.

Es ist keine Seltenheit mehr, dass Anwälte und Parteien irritiert und frustriert den Gerichtssaal verlassen – und vermehrt andere Wege der Streitschlichtung suchen wie zum Beispiel Mediationen oder die Schiedsgerichtsbarkeit. Es kann eine Erlösung für das rechtsuchende Publikum und die Anwälte sein, wenn ein Richter ein Dezernat neu übernimmt und ein frischer Wind seine Arbeit beflügelt. Aber das ist nur der Fall, wenn er Gelegenheit hatte, sich in die Materie richtig einzuarbeiten. Das Richterrotationsprinzip führt hingegen auch zu einer „Wertevernichtung“ innerhalb der Justiz, lange angesammeltes Fachwissen eines gut eingearbeiteten Richters kann nicht mehr genutzt werden und liegt brach. Dringend notwendig wäre es, dafür zu sorgen, dass die richterliche Qualifikation zumindest mit derjenigen der Anwälte konkurrieren kann. Das Richterrotationsprinzip muss überdacht werden. Inzwischen haben – wie die 20 Fachanwaltsschäften belegen – die verschiedenen Rechtsgebiete sich so spezifisch und eigenständig entwickelt, dass das alte humboldtsche Prinzip in der Justiz im Interesse einer zufriedenstellenden und raschen Klärung nicht aufrechterhalten werden kann. Deshalb sollte innerhalb der Justiz dafür gesorgt werden, dass Richter vor einem Dezernatswechsel Zeit für die Vorbereitung auf das neue Rechtsgebiet zur Verfügung haben und nicht – wie ein Kind zum Schwimmen lernen – unvorbereitet und ohne jegliche Schwimmkünste ins kalte Wasser hineingestoßen werden. Ein inzwischen ausgezeichneter eingearbeiteter Richter hat zu Beginn seiner Arbeitsaufnahme im neuen Dezernat seine Einarbeitungsphase salopp wie folgt beschrieben: „Learning by doing“. Für die Referendarausbildung ist das eine ausgezeichnete Ausgangsposition. Für Richter, bei denen rechtsuchende Bürger fachlich fundierte Entscheidungen erwarten, ist das ein unhaltbarer Zustand.

Der in Bayern obligatorische Laufbahnwechsel von der Staatsanwaltschaft in das Richteramt birgt die Gefahr, dass gefügige Staatsanwälte und Richter herangezogen werden, da der begehrte Wechsel in das Richteramt dann möglicherweise vom Gehorsam des Staatsanwalts abhängt. Die Unabhängigkeit der staatsanwaltlichen und richterlichen Tätigkeit wird dadurch gefährdet. Außerdem gibt es ein strafprozessuales Problem mit der Vorbefassung des Strafrichters mit der Sache als Staatsanwalt. Denn ist ein Richter früher schon mal in einer Sache als Staatsanwalt tätig gewesen, dann ist er gem. § 22 Nr. 4 Strafprozessordnung als Richter ausgeschlossen. Und dabei kommt es auf den Umfang der Tätigkeit nicht an. Ausreichend ist jedes amtliche Handeln in der Sache, das geeignet ist, den Sachverhalt zu erforschen oder den Gang des Verfahrens zu beeinflussen. Und das wird auch erfüllt, wenn der jetzige Richter früher als Staatsanwalt in der Sache Akteneinsicht gewährt, eine Frist für eine eventuelle Stellungnahme eingeräumt und den Zeitpunkt der Wiedervorlage bestimmt hat (so BGH, Beschluss vom 12.08.2010 – 4 StR 378/10).



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und  
Fraktion (AfD)  
Drs. 19/4879**

**Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der  
Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**  
Mitberichterstatter: **Dr. Alexander Dietrich**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold und Fraktion (AfD)**

**Drs. 19/4879, 19/6012**

**Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Unternehmen und Industrie  
Zukunft der europäischen Automobilindustrie  
30.01.2025 - 13.02.2025  
Drs. 19/5120, 19/6006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

**CSU**

**FREEIE  
WÄHLER**

**AfD**

**GRÜ**

**SPD**



## 2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung  
27.01.2025 - 21.04.2025  
Drs. 19/5121, 19/6035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

**Anträge**

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern  
Drs. 19/4608, 19/5921 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

4. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)  
Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen  
Drs. 19/4671, 19/5894 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert  
Drs. 19/4675, 19/5906 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU

FREIE  
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD) Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern  
Drs. 19/4729, 19/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern trägt Verantwortung! – Transparenz und Digitalisierung in der Provenienzforschung vorantreiben  
Drs. 19/4743, 19/5911 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!  
Drs. 19/4755, 19/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD  
Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten  
Drs. 19/4756, 19/5889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Psychische Gesundheit stärken I:  
Einrichtung eines „Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie“  
Drs. 19/4790, 19/5913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Psychische Gesundheit stärken II: Präventionsgesetz ergänzen  
Drs. 19/4791, 19/5908 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Psychische Gesundheit stärken III: Bedarf an Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gesondert beplanen  
Drs. 19/4792, 19/5909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alex Dorow, Petra Guttenberger u.a. CSU  
Verbesserung des Opferschutzes  
Drs. 19/4798, 19/6010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Denkmalschutz entbürokratisieren: Digitale Plattform für Denkmalfördermittel einrichten und Antragsverfahren beschleunigen  
Drs. 19/4799, 19/5914 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren: Neufassung der Vollzugsvorschriften des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes  
Drs. 19/4800, 19/5915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:  
Regelung für bewegliche Denkmäler streichen  
Drs. 19/4801, 19/5916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:  
Verfahrensfreiheit für Photovoltaikanlagen  
Drs. 19/4802, 19/5917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Stiftung Opferhilfe Bayern stärken, Parallelstrukturen vermeiden  
Drs. 19/4806, 19/6011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ohne				

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD  
Bio boomt: Bäuerinnen und Bauern bei Umstellung auf ökologische Landwirtschaft unterstützen  
Drs. 19/4807, 19/5890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz  
Drs. 19/4879, 19/6012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

21. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung  
Drs. 19/4894, 19/6013 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

22. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Bericht über die Planungen und Fortschritte zur weiteren Nutzung des Nürnberger Fernmeldeturmes  
Drs. 19/4896, 19/5918 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

23. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken  
Drs. 19/4897, 19/5919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Keine Grunderwerbsteuer auf die erste, selbst genutzte Immobilie!  
Drs. 19/4970, 19/5936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Streichung des § 188 StGB  
Drs. 19/4973, 19/6014 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)  
Folgen der Einstellung der Schweineschlachtung in Augsburg  
Drs. 19/4984, 19/5891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Wirtshaussterben aufhalten – Spezielle Raucherlokale gestatten  
Drs. 19/4988, 19/5892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Tourismusbranche zukunftsfähig aufstellen – Steuergesetzgebung anpassen  
Drs. 19/4991, 19/5937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Deutschlandticket dauerhaft sichern  
Drs. 19/5005, 19/5938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft wieder zum Leitprinzip erheben  
Drs. 19/5006, 19/6015 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I – Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!  
Drs. 19/5026, 19/5895 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II – Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung!  
Drs. 19/5027, 19/5896 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III – Terrorfinanzierung austrocknen!  
Drs. 19/5028, 19/5897 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV – Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen!  
Drs. 19/5029, 19/5898 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

35. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)  
„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“  
Drs. 19/5083, 19/6016 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

36. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)  
Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!  
Drs. 19/5084, 19/5899 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Therapieplätze, weniger Wartezeit:  
Lösung für Sonderbedarfszulassungen  
Drs. 19/5086, 19/5910 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Zurück zu Deutsch als Wissenschaftssprache  
Drs. 19/5097, 19/5920 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

39. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I:  
Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus  
Drs. 19/5098, 19/5900 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

40. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II:  
Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland  
Drs. 19/5099, 19/5901 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

41. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III:  
Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“  
Drs. 19/5100, 19/5902 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

42. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV:  
Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen  
Drs. 19/5101, 19/5903 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V:  
Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle  
Drs. 19/5102, 19/5904 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

44. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI:  
Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen  
Drs. 19/5103, 19/5905 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern  
Drs. 19/5163, 19/5893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Absenkung des Wahlaters auf 16 Jahre  
Drs. 19/5205, 19/6017 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**